

Informationsblatt nach Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) für die Erhebung von Daten für die Erhebung der Kurabgabe der Stadt Krakow am See

Kontaktdaten des Verantwortlichen:

WoKra Krakow am See GmbH
Am Bahnhof 1
18292 Krakow am See
Tel.: 038457 506-0
E-Mail: info@wokra.de

Empfänger der personenbezogenen Daten:

- Amt Krakow am See
- Stadt Krakow am See
- WoKra Krakow am See GmbH
- Touristinformation der WoKra Krakow am See GmbH
- Campingplatz der WoKra Krakow am See GmbH
- Statistikbehörden des Landes und des Bundes

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Ra Steffen Pröhl, Augustenstr. 4, 18055 Rostock,
E-Mail: datenschutz@ra-proehl.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Um unsere Aufgabe zu erfüllen, die Kurabgabe der Stadt Krakow am See nach den Vorschriften der Kommunalverfassung M-V (KAV M-V), des Landesmeldegesetzes (LMG M-V), der Meldescheinverordnung (MsVO), des Kommunalabgabengesetzes M-V (KAG M-V) und nach der kommunalen Satzung (Kurabgabensatzung als Ortsrecht der Stadt Krakow am See) abzurechnen, benötigen wir personenbezogene Daten. Ihre personenbezogenen Daten werden in dem Erhebungsverfahren verarbeitet, für das sie erhoben wurden.

Die Erhebung richtet sich daher nach Art 6 Abs.1c und 1b der DSGVO.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

- Persönliche Kontaktdaten: z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer
- Geburtsdatum und Staatsangehörigkeit
- Ankunfts- und Abreisetag

Zudem können wir öffentlich zugängliche Informationen (z.B. aus Zeitungen, öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen) verarbeiten.

Im manuellen oder automationsgestützten Abrechnungsverfahren werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert und dann in zumeist maschinellen Verfahren der Festsetzung und Erhebung durch die Stadt Krakow am See über das Amt Krakow am See (Abteilung Steuern und Abgaben) zugrunde gelegt.

Unter welchen Voraussetzungen dürfen wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Alle personenbezogenen Daten, die uns in einem Abrechnungs-/Erhebungsverfahren bekannt geworden sind, dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen (andere Behörden / Institutionen) weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Personenbezogene Daten müssen wir solange speichern, wie sie für das Erhebungs- und Abrechnungsverfahren erforderlich sind. Maßstab hierfür sind u. a. die Aufbewahrungsfristen nach Landesmeldegesetz (§ 26 Abs. 3 LMG M-V), steuerliche Verjährungsfristen (§§ 169 bis 171 AO sowie §§ 228 bis 232 AO) und die Abrechnungszeiträume nach geltendem Ortsrecht.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheit der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitig verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedsstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Mecklenburg-Vorpommern ist die zuständige Aufsichtsbehörde der Landesbeauftragte des Datenschutzes und Informationsfreiheit in Mecklenburg-Vorpommern.

Belehrung über Verwendung personenbezogener Daten

Ich wurde über die Rechte als Betroffener aufgeklärt und entsprechend Artikel 13 und 14 der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) darüber informiert, an welche Empfänger die aufgenommenen personenbezogenen Daten durch den o. g. Verantwortlichen weitergeleitet werden. Auf Wunsch wird mir diese Belehrung in gedruckter Form zur Verfügung gestellt.

_____ Datum

_____ Unterschrift